

ROTE SEITEN

Gegen WEF und Pauschalbesteuerung!

Die vierten Roten Seiten bieten einen Rückblick auf zwei wichtige Veranstaltungen in den ersten zwei Monaten dieses Jahres, an welchen die Kommunistische Jugend Bern beteiligt war. Einerseits war dies die Demonstration in Bern gegen das World Economic Forum (WEF), welche durch ein massives Polizeiaufgebot zu verhindern versucht wurde und trotzdem statt fand. Und andererseits eine von der Kommunistischen Jugend organisierte Informationsveranstaltung zum Thema Pauschalbesteuerung in Thun.

Was ist das WEF? Das WEF ist eigentlich eine Stiftung, welche so einiges tut, jedoch vor allem bekannt ist für den jährlichen Anlass in Davos. Dieser Anlass ist getarnt als gemeinnützig und als Treffen zwischen Wirtschaft und Politik, um die wichtigsten Probleme der Menschheit zu diskutieren. Entgegen dieser Propaganda ist er in Wahrheit ein wichtiger Punkt in der Agenda der Wirtschaftsbesse, um sich zu organisieren und die eigenen Interessen in der Politik durchzusetzen. Zwar werden im Fernseher Diskussionen über wichtige Themen wie Armut und Umweltprobleme gezeigt, in welchen auch Menschen wie Nel-

son Mandela mitdiskutieren können. Und es wird so getan, als ob es den TeilnehmerInnen wirklich um die Allgemeinheit ginge, jedoch spielt sich der Hauptteil des Treffens im Hintergrund ab. Für die meisten TeilnehmerInnen (mal abgesehen von den Mandela-Feigenblättern) sind die Kontakte und Treffen im Hintergrund entscheidend. Dort können sie exklusiv (nur eingeladene Gäste dürfen anwesend sein) mit den wichtigsten Politikern und Wirtschaftsbossen sprechen und Einfluss nehmen. Dort können sie strategische Bündnisse schliessen und Politiker unter Druck setzen. Dort wird entschieden, wie die Weltordnung nach der Krise sein soll. Dort wird der Sozialstaatsabbau vorangetrieben und werden Steuer-senkungen für die Reichen durchgesetzt. Dort werden die PolitikerInnen erpresst und gekauft. Darum ist Widerstand Pflicht für alle aufgeklärten Köpfe, und darum ist auch jede Demonstration gegen das WEF legitim.

Inhaltsverzeichnis

Gegen WEF und Pauschalbesteuerung	S. 1
Verbotene Kritik des World Economic Forums	S. 2
Erneut Repression an der Anti-WEF-Demo	S. 3
Pauschalbesteuerung abschaffen!	S. 5
Termine	S. 8

Die Pauschalbesteuerung reicher Ausländer war der zweite Schwerpunkt der KJ Bern in diesem noch jungen Jahr. Zuerst wurden eine Woche lang Flyer zum Thema vor den Berufsschulen in Thun verteilt und Ende Februar war dann noch eine Informationsveranstaltung, ebenfalls in Thun. Warum in Thun? Zwei Gründe sprechen für Thun: 1. Der politische Druck für den Erhalt der Pauschalbesteuerung kommt vor allem aus dem Berner Oberland. Dort gibt es einige Besitzer von Bauunternehmen, welche indirekt von der Pauschalbesteuerung profitieren. Für sie sind reiche Zuzügler eine wichtige Kundenschaft und bescheren grosse Gewinne. Die Lernenden werden von ihren ChefInnen manipuliert und unter Druck gesetzt. Sie erpressen sie mit der Drohung, dass ihre Stellen verloren gingen, würde die Pauschalbesteuerung abgeschafft. 2. War die KJ Bern bisher vor allem in der Region Stadt Bern aktiv und muss nun endlich auch ausserhalb Tritt finden. Zudem sind Berufsschüler eine politisch kaum beachtete Gruppe aber eigentlich genau die Menschen, welche die KJ ansprechen möchte.

Verbotene Kritik des World Economic Forums

Kritik am World Economic Forum ist verboten: Diejenigen, die am 21. Januar in Bern gegen das WEF auf die Strasse gingen, haben es wieder einmal schmerzlich erfahren müssen.. Nachdem der Demozug erst losgezogen war, wurde er an verschiedenen Stellen von der Polizei eingekesselt, rein präventiv, bevor sich irgendeine „Störung“ ereignet hätte. Der Polizeieinsatz war von exorbitanten Ausmassen, es wurden Einheiten von anderen Kantonen und auch das Militär aus den Reserven gerufen.

Die DemonstrantInnen wurden dann in das extra dafür hergerichtete Provisorium im Neufeld gebracht – eine spontane Auflösung des „zusammengerotteten Haufens“ wäre gar nicht mehr möglich gewesen nach der Einkesselung. Es drängt sich der Eindruck auf, dass man alle Demonstrierenden mitnehmen wollte, unabhängig davon, ob eine konkrete Gewaltbereitschaft jemals geäussert worden ist oder nicht.

Viel Spass
beim Lesen!

März 2012



Der Sinn der Übung ist höchst fragwürdig: gegen fast alle DemonstrantInnen ging eine Anzeige wegen Landfriedensbruch ein – obwohl die Erfüllung dieses Tatbestands erfordern würde, dass mit vereinten Kräften gegen Menschen oder Sachen Gewalttätigkeiten begangen würden, was ja bei einer präventiven Verhinderung durch die Polizei aus rein logischer Sicht gar nicht passieren kann. So hat die „freiheitliche und demokratische Rechtsordnung“ wieder einmal mehr sein wahres Gesicht gezeigt: gegen systemkritisch denkende Menschen

das kommt dem staatliche Machtapparat ja eigentlich ganz gelegen...

Erneut Repression an Anti-WEF-Demo

Etwa 200 bis 300 DemonstrantInnen fanden sich am 21. Januar an der diesjährigen Anti-WEF-Demonstration in Bern zusammen. Unter dem Motto „Stop reshaping capitalism – abort it“ sollte die Demo von der Heiliggeistkirche durch die Altstadt Bern gegen das Treffen der Mächtigen demonstrieren und auf die Politik der Herr-

schenden aufmerksam machen. Die Demonstration wurde nicht angemeldet.

Einzig Bernmobil erfuhr die Route von der Demoleitung. Im Vorfeld der Demonstration

gab es eine re-

gelrechte Kampagne gegen die Demo. Vor allem von den Medien mit Falschmeldungen über „Gewaltaufrufe“. Trotz dieser Stimmung gegen die WEF-GegnerInnen, entschied sich die Demoleitung für die Durchführung der Demo. Einige Demos, egal ob antifa oder antika, wurden in den letzten Jahren toleriert, trotz Nicht-Anmeldung. Wie es üblich ist, ging ein Teil der Demo schon von der Reitschule los. Mit mehreren Transparenten, Fahnen und verschiedenen Parolen war die Demo laut, bunt und militant.



rechtfertigt sich auch ein höchst unverhältnismässiger Einsatz. Die Meinungsäusserungsfreiheit gilt nicht für alle im gleichen Masse. Durch den Straftatbestand des Landfriedensbruches lässt sich ein Gesinnungsstrafrecht betreiben, das sich auch unabhängig von konkreten Gewaltäusserungen anwenden lässt.

Was bei dem ganzen Spektakel fast ein wenig in den Hintergrund gerückt ist, ist das WEF selber, und wieso es gewissen Menschen ein Anliegen ist, dieses kritisch zu hinterfragen. Aber

Auch die KJ hatte ihr eigenes Transparent mit der Aufschrift „Gegen WEF und Transformation, für Proletariat und Revolution“ und konnte mit Jungen aus den Kantonen Zürich, Neuchâtel, Bern und Fri-



bourg eine starke Präsenz aufweisen. Die DemonstrantInnen konnten aber keine 200 Meter laufen, schon wurden sie beim Bollwerk von einem grossen Polizeiaufgebot eingekesselt. Die Demo blieb stehen. Durchsagen wurden gemacht. Reden wurden gehalten. Die Polizei versuchte mehrmals die Demo zu spalten indem sie DemonstrantInnen dazu aufforderte, sich gewaltfrei zu ergeben mit dem Versprechen, dass die Polizei sie nach einer Identitätskontrolle sofort

wieder freilassen würden. Diese Spaltungsversuche funktionierten nur teilweise. Die Demoleitung schlug der Polizei einen Handel vor. Die Demo würde in die Reitschule zurückkehren und damit aufgelöst sein. Man war sogar bereit, alle Frontransparente abzunehmen, bis auf eines. Die Spezialeinheit der Polizei „Mob Gren“ nutzte die Situation und marschierte in einer kompakten Formation und riss das Transparent aus den Händen der DemonstrantInnen. Es gab einige Kollateralschäden, da die Mob Gren



mit Pfefferspray vorgingen. Dies sorgte für Empörung unter den DemonstrantInnen. Da die Polizei den Vorschlag der Demoleitung zurückwies und die Ausgangslage für die DemonstrantInnen aussichtslos war, schlug die Demoleitung vor, dass alle geschlossen sich der Polizei ergeben sollten. Es folgte eine ziemlich lange Phase der Kontrolle und darauffolgende Fahrt ins „Park and Ride“ des Neufeldes, wo leere Käfige für die DemonstrantInnen bereit standen. Die Käfige waren mit zwischen 20 und 30 InsassInnen gefüllt und nach Geschlechtern aufgeteilt. Die Demo war vielleicht erstickt, der Kampf der Gefangenen fing aber erst an. Die Gitter wurden fast kaputtgerüttelt, antikapitalistische und antifaschistische Parolen wurden gerufen, Lieder gesungen, kurz: die Polizei hatte nur wenige Momente Ruhe. Sie versuchte die DemonstrantInnen mit Hunden einzuschüchtern. Die erwünschte Wirkung (gab es überhaupt eine?) blieb aus. Einige Zellen waren kämpferischer als andere. Die Polizei griff in diese brutal ein, einerseits indem sie Pfefferspray einsetzte, andererseits indem sie den InsassInnen die Hände wieder mit Handschellen festband. Insgesamt dauerte die „Personenkontrolle“ sieben bis acht Stunden. Die letzten KJ-Mitglieder wurden um Mitternacht entlassen. Alle versehen mit einer Fernhalteverfügung in einem bestimmten Teil Berns für etwa sechs Stunden. In den darauffolgenden Tagen hatte die Repression ein grosses Echo in den bürgerlichen Medien, grosse Zufriedenheit auf der Seite der Herrschenden. Die Partei der Arbeit des Kanton Berns verwies in ihrer Mitteilung auf ein „perfekt kon-

zertierte[s] Zusammenspiel von Gemeinderat, Medien und Polizei“. Sie verurteilt „die Unterdrückung des Rechts auf freie Meinungsäusserung und die erniedrigende Behandlung von Personen, die ausdrücklich nur zwecks Aufnahme der Personalien festgesetzt worden sind“.

Pauschalbesteuerung abschaffen!

Lasst euch nicht erpressen! Lasst euch nicht bescheissen! Gegen privilegierte Geldsäcke! Gleiches Recht für Alle!



Was ist die Pauschalbesteuerung?

In Bern wird 2012 voraussichtlich über die Abschaffung der Pauschalbesteuerung für reiche AusländerInnen abgestimmt.

Normalerweise wird in der Schweiz das Prinzip der Steuerprogression

angewandt: Je höher das zu versteu-
ernde Einkommen und Vermögen ist,
desto höher ist die prozentuale Abga-
be an das Gemeinwesen.



Dieses Prinzip gilt nicht für alle. Rei-
che AusländerInnen, die keinem Er-
werb nachgehen, können von der so-
genannten Pauschalbesteuerung pro-
fitieren, was bedeutet, dass Sie nicht
nach ihrem effektiven Einkommen
und Vermögen besteuert werden,
sondern pauschal nach ihren mut-
masslichen Lebenshaltungskosten.
Konkret bedeutet dies, dass unab-
hängig davon ob eine Person 30 Mil-
lionen oder 30 Milliarden besitzt, den
gleichen Beitrag zahlt.

Im Kanton Bern profitieren derzeit
etwa rund 220 Personen, die unab-
hängig von ihrem realen Besitz pau-
schal 300'000 Schweizer Franken
zahlen und dem Kanton 22 Millionen
Schweizer Franken Steuern einbrin-
gen.

Auf eidgenössischer Ebene bringt die
Pauschalbesteuerung 577,1 Millionen
ein, 0,49% der gesamten Steuerein-
nahmen. Zum Vergleich: der von
Bundesrat Maurer geplante Kauf von
Kampffjets soll circa 20 Milliarden kos-
ten.

**Auch wenn sie offiziell als er-
werbslos gelten, sacken viele rei-
che AusländerInnen durch Umwe-
ge und juristische Lücken trotz-
dem recht viel Kohle ein.**

Die Pauschalbesteuerten sind offiziell
nicht erwerbstätig.

In Wirklichkeit sind viele von diesen
aber nur „Schein-Erwerbslose“, die
trotzdem inoffiziell in der Schweiz
oder in anderen Ländern Geschäfte
und grosse Profite damit machen.
Prominente Beispiele wären Ingvar
Kamprad, Gründer von Ikea und Auf-
sichtsrat der INKA-Stiftung in Holland,
oder Theo Müller der Milchproduktm-
arke Müller, in Deutschland als Steu-
erflüchtling geächtet. Ein Paradebeis-
piel ist der in Zug lebende Viktor Vek-
selberg.

Der „Nicht-Erwerbstätige“ präsidiert
die Renova Managment AG, die in
Zürich 20 Leute beschäftigt. Die
31.2%-Beteiligung an Sulzer wird
durch die In Zürich bei der Renova
domizilierte Liwet Holding AG gehal-
ten. Diese wird ihrerseits zu 100%
von zwei Unter-Holdings in Larnaca
auf Zypern kontrolliert, die wiederum
als Filialen der Renova Innovation
Technologies resp. Renova Holding
Ltd. Die Renova Holding auf den Ba-
hamas ist zu 100% im Besitz eines
Trusts in Tortola auf den britischen
Virgin Islands, der nach dem Recht
der Cayman Islands zugunsten von

Viktor Vekselberg errichtet worden ist. Ähnlich verschachtelt ist die Besitz-Konstruktion bei OC Oerlikon und Züblin, dort tritt zusätzlich die Lamesa Holding SA in Panama in Erscheinung.

Richtigerweise versteht man beim Lesen dieses Durcheinanders nur Bahnhof...

Da seine Beteiligung in der Schweiz nicht direkt über Vekselberg selber, sondern über eine Vielfalt ausländischer Holdings, Stiftungen und Trusts gehalten wird, ist der russische Oligarch in der Schweiz als nicht erwerbstätig angemeldet.

Die Pauschalbesteuerung widerspricht auch der restriktiven Immigrationspolitik der Schweiz, ganz nach dem Motto „Alle sind vor dem Gesetz gleich. Bist du reicher, bist du gleicher“.

Ex-Bundesrat Blocher, der allbekannte Hardliner wenn es um Immigration gilt, hat in seiner Amtszeit erlassen, den reichen AusländerInnen die Aufenthaltbewilligung zu erleichtern.

Auch bei der Ausschaffungspolitik bei kriminellen Taten wird bei den Reichen gern mal weggesehen. Während AusländerInnen, die wegen ihrer Armut und ihrer sozialen Bedingungen in die Kriminalität rutschen und dafür in ihre Herkunftsländer ausgeschafft werden, wo ihnen Verfolgung und Elend erwarten, dürfen AusländerInnen, die in ihren Herkunftsländer wegen Steuerhinterziehung und Korruption gesucht werden und in der Schweiz Geldwäscherei betreiben, gerne bleiben.

Verlust von Arbeitsplätzen? Bullshit! Zürich beweist: Es geht auch

ohne privilegierte Geldsäcke!

Nach den GegnerInnen der Abschaffung der Pauschalbesteuerung, namentlich die Organisation "IG Arbeitsplätze im Berggebiet, Pro Pauschalbesteuerung" würde bei einer faireren Steuerpolitik viele Arbeitsplätze vernichtet, da nur tiefe Steuern Investitionen von ausländischen Personen und Firmen generieren, was nichts anderes als pure Erpressung ist: entweder man spielt nach ihren



Spielregeln, oder man verliert seinen Arbeitsplatz. Der Wirtschaftsstandort Schweiz ist nicht nur wegen seinen tiefen Steuern für Firmen und Investoren beliebt, sondern vor allem wegen seiner politischen Stabilität, seinen gut funktionierenden Infrastrukturen und seinen gut ausgebildeten Arbeitskräften.

Nach Annahme der Abschaffung der Pauschalbesteuerung im Kanton Zürich zogen nur 109 der 201 Pauschal-

besteuerten von Zürich weg, nur 26 von ihnen ins Ausland. In den Villen wohnen jetzt reguläre, normal zahlende SteuerzahlerInnen, die unter Umständen sogar noch mehr Steuereinnahmen generieren.

Steuereinnahmen, die die Allgemeinheit dafür gebrauchen kann, um in Bildung, soziale Sicherheit und Verbesserung der Infrastrukturen zu investieren. Damit entstehen wirklich neue Arbeitsplätze. Und dies erst noch ohne den allgegenwärtigen Druck irgendwelcher Bonzen, die ständig mit schlimmen Konsequenzen drohen, falls man sich als Volk nicht von ihrer Geldgier versklaven lassen will.

Termine

Nächste **Vollversammlung der KJ Bern**: Sonntag, 25. März 2012, um 14:00 Uhr in der Baustelle (1. Stock Brasserie Lorraine, Bern)

Menschenstrom gegen Atom: Sonntag, 11. März 2012. Demonstration gegen AKWs. Start mit dem Velo in Bern um 11:00 Uhr beim Falkenplatz. Oder zu Fuss ab Gümmenen. Treffpunkt um 09:00 Uhr beim Bahnhof Bern auf der „Welle“.

Die Namen berichtigen:

Anmerkungen zum Gebrauch der politischen Grundbegriffe Internationalismus, Völkerrecht, Volkssouveränität, Menschenrechte, Zivilgesellschaft, historisches Erbe.

Eine Vortragsreihe mit Klaus von Raussendorff.

Bern: 14. März, 19:30 Brasserie Lorraine, 1. Stock im Säali
Basel: 15. März 19:30 Wallstrasse 10.
Zürich: 16. März 19:30
Weitere Informationen:
kommunistischejugend.ch

Versammlung der Kommunistischen Jugend Schweiz: 9. April 2012 in Fleurier (NE). Weitere Informationen folgen.

Bildungstage der Jeunesse Communiste Romande und der Jeunes POP: 7. und 8. April 2012. Weitere Informationen folgen.

Roter Oktober 2012: 2.-4. November 2012 in Därstetten (BE). Weitere Informationen folgen.

Kontakt

Kommunistische Jugend Bern, Postfach 6966, 3001 Bern

E-Mail:
info@kommunistischejugend.ch

Homepage:
kommunistischejugend.ch